



Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementpreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung im Voraus für Groß-Berlin 2,50 M., bei direkter Postzahlung ohne Nachnahme monatlich 2 M., bei Lieferung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Publikation: Berlin NW, G. Schiffbauerdamm 10 III. Verleger: Kurt Roden 1293 und 2896.

Interate folgen die achtseitigen Nummernblätter über deren Namen 75 Pf., „Kleine Anzeigen“ das festschriftliche Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Lezungsgebühr 10 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Expedition: Berlin NW, G. Schiffbauerdamm 10. Versprecher: Kurt Roden 9708.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 4. Februar 1919

Nummer 62

Das Ultimatum der Regierung.

Vom inneren Kriegszustand.

Androhung des Belagerungszustandes.

Wenn man nicht wüßte, daß in Weimar die deutsche Nationalversammlung tagen soll, könnte man meinen, es handle sich um ein großes strategisches Unternehmen mit diesem Städtchen als Mittelpunkt. Mit Extrazug trafen die Reichsregierung, Minister und Abgeordnete gestern dort ein und fuhren, wie die Presse verkündet, im Schlitten zur Stadt. Gleichzeitig ist das unter dem Kommando des Generals Werker stehende Landjägerkorps in Stärke von 1000 Mann in Weimar einrückt und hat die Bewachung der Stadt übernommen. Die Differenzen zwischen den Landjägern und den dem dortigen 11. Armeekorps angehörenden Truppen sind noch nicht beigelegt. Weiter war die telephonische Verbindung zwischen Weimar, Eisenach und Göttingen, je nach Umständen, und zwar, wie amtlich mitgeteilt wird, angeblich „infolge Eingriffs der Unabhängigen in Erfurt, Gotha und Eisenach“.

Während die Regierung umfassende militärische Vorkehrungen für Weimar trifft, zeigt sie auch den Berlinern die drohend gepanzerte Faust, indem sie bei ihrer Abreise nach Weimar durch W. L. B. folgenden Ukas veröffentlicht läßt:

„Es ist bekannt, daß zahlreiche Agenten des russischen Bolschewismus in Berlin weilen. Welche Kreise der Berliner Bevölkerung sind schwer beunruhigt. Und wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß trotz der Detachierungen nach Bremen und Weimar keine zuverlässige Regierungstruppen in und um Berlin bereit stehen. Diese Truppen sind auf erneute Putsche gefaßt. Sie werden Berlin nach wohl vorbereitem Plan besetzen, sobald dies nötig erscheint. Sollte erneut die Ruhe und Ordnung gefährdet und bewaffneter Widerstand in Berlin geleistet werden, so werden die Truppen rücksichtslos durchzugreifen und Ruhe und Ordnung mit Waffengewalt sichern. Die Regierung wird voraussichtlich, wenn es nötig ist, den Belagerungszustand verkünden. Die Verantwortung für Unterdrückung fällt schließlich denen zu, die gegen Gesetz und Recht in verbrecherischer Weise Putsche veranstalten und Unruhen hervorrufen.“

Sollte die Regierung nicht soviel politische Einsicht haben, daß sie mit solchen Erlassen im Jagow-Rubendorff-Stil in geradezu aufreizender Weise erst Beunruhigung schafft und die Arbeiterschaft immer mehr erbittert? Schon kann den Scharfmacherblättern der angebrochene Belagerungszustand gegen die Träger der Revolution nicht früh genug erklärt werden.

Gleichzeitig wippt sich infolge der Unnachgiebigkeit der Regierung und ihrer Weichen Worte in Bremen die Lage aufs Äußerste zu. Die Führer der Divisionen Lüttich und Gerstenberg richteten neuerdings an Roske das Ersuchen, am Dienstag in Bremen einrücken und die Arbeiter entwaffnen zu dürfen.

Man will triumphieren und sei es auch um den Preis, daß Arbeiterblut in Strömen fließt. Verständigung scheint den größtenwahnwitzigen Militärmachtshabern Schwäche und die Unterhandlungen sollen durch Gewaltmaßnahmen rücksichtslos unterbrochen werden. Eine Methode, die sich auch an den jetzigen Rubendorffs und ihrer Gefolgschaft rächen wird!

Verhandlungen mit Braunshweig.

In Braunschweiger Regierungskreisen will man einen kriegerischen Konflikt mit der Reichsleitung verhindern und eine Verständigung herbeiführen. Zu diesem Zweck waren zwei Vertreter des A. und S.-Klubs in Berlin, um sich mit der Reichsleitung in allen schwebenden Fragen auseinanderzusetzen. Die Vernehmung führte, dem „W. L.“ zufolge, dahin, daß die bestehenden Differenzen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen beigelegt werden sollen. — Wie das amtliche Organ der Braunschweiger Regierung, die „Braunschweiger Anzeigen“, mitteilen, wurde dort gestern dem mehrheitssozialistischen

Landtagsabgeordnete und Mitglied der deutschen Nationalversammlung, Rechtsanwalt Dr. Jasper, verhaftet.

Der internationale Sozialistenkongress.

Der internationale Sozialistenkongress wurde Montag nachmittag unter zahlreicher Beteiligung eröffnet. Erschienen sind 80 Delegierte aus 21 Ländern: Deutschland, Elsaß-Lothringen, Deutsch-Oesterreich, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Finnland, Böhmen, Rußland, Georgien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Litauen, Estland, Polen, Bulgarien usw. Erwartet werden noch die Vertreter von 17 Staaten, darunter Spanien, Serbien und Japan. Belgien und die Vereinigten Staaten verhalten sich weiterhin ablehnend.

Genderson schloß in seiner Eröffnungsansprache die Schwierigkeiten, die einer internationalen Konferenz bei Kriegsausbruch entgegenstehen, und betonte, daß die jetzige Konferenz auf die Friedensverhandlungen einwirken werden und den Interessen der Arbeiterschaft dienen solle. Zur Einberufung hätten nur 14 Tage zur Verfügung gestanden, worauf die Kritik Rücksicht nehmen müßte. Auf Vorschlag von Genderson wurde Branting zum Präsidenten der Konferenz gewählt, während auf Vorschlag von Gutzmann der Holländer Wibaut und der Argentinier Jutz zu Vizepräsidenten gewählt wurden. Als Vertreter der Centralmächte wurde der Deutsch-Oesterreicher Seib, und als Vertreter der Entente Genderson zu Vorsitzenden ernannt.

Branting nahm die Wahl zum Präsidenten als Beweis der Anerkennung für die von neutraler Seite, besonders von Schweden, während des Krieges unternommenen Schritte zugunsten der Internationale an. Er verbreitete sich sodann über die politische Lage und über die Aufgaben der Konferenz und erklärte, daß in der Frage der Verantwortlichkeit volle Klarheit geschaffen werden müsse. Er wendete sich scharf gegen jede Angliederungssucht, bei welcher Teile sie auch kommen möge und verlangte im Sinne der Arbeiterschaft einen anständigen Frieden. Zur Tagesordnung stellt Gutzmann mit, daß die Konferenz am Sonntagabend geschlossen und daher die Zeit günstig ausgenutzt werden müsse. Am Dienstag werden die Fragen des Völkerbundes und der allgemeinen Politik, am Mittwoch und Donnerstag die Geschichtswagen, Freitag die Schulgesetzgebung für die Arbeiter und am Sonntag die übrigen Punkte behandelt.

An die Berner Konferenz.

Genosse Theodor Diebnecht hat an die internationale Sozialistenkonferenz in Bern folgendes Telegramm gerichtet:

„Erbitte Hilfe der Internationale gegen Versuch der mitleidigen Ebert-Regierung, durch Kriegsgericht Aufklärung zu verhindern und protestiere beim Andenken meines Vaters und ermordeten Bruders gegen Zulassung ihrer Handlanger zur Konferenz. Kommen unmöglich, da Wahrtrois Mandats von Regierung zurückgehalten.“

Verweigerung der Pässe für die Kommission der Allierten.

Wie die Waffenstillstandskommission mitteilt, haben die alliierten Vertreter in Spa verlangt, daß die deutsche Regierung in kürzester Frist alle während des Krieges in Deutschland unter Zwangsverwaltung gestellten feindlichen Vermögenswerte herausgibt. Sie hat zu diesem Zweck eine Kommission „ingef.“, die diese Verhandlungen führen soll. Graf Brockdorff-Rantzau hat nunmehr mitgeteilt, daß er das Visum für die Pässe der Abordnung verweigerte.

Verminderung der linksrheinischen Besatzungen.

Amn. 6. Februar. Die „Wolnische Volkszeitung“ meldet aus München-Gladbach: Der belgische Zivilgouverneur Jadnaad ist hier eingetroffen, um die Zivilverwaltung des besetzten Gebietes darauf vorzubereiten, daß von der Unterzeichnung des Waffenstillstands ab, der allmähliche Rastlose Abbau der militärischen Besetzung auf ein Minimum erfolgen werde.

v. Prikelwicz.

Der „Vorwärts“ beginnt etwas unruhig zu werden. Die Dinge gehen nicht ganz so, wie er es gerne haben möchte. Die Wahlen in Sachsen bestätigten nur, was alle politischen Rundgebungen der Arbeiterschaft in der letzten Zeit geahnt haben: Beginnende Abwendung der Arbeiter von den Mehrheitssozialisten, wachsender Einfluß der Unabhängigen.

Besonders unangenehm scheinen dem „Vorwärts“ die Anfänge der Opposition in den eigenen Reihen zu werden. Selbstverständlich verdammt er vollständig den Artikel des „Somburger Echo“, wie überhaupt die Führer der Mehrheitssozialisten es bisher verstanden haben, jede Diskussion in ihrer Presse zu unterdrücken. Der „Vorwärts“ läßt sich, indem er mit verstärkter Kraft die Hege gegen die „Freiheit“ betreibt. Da es sich dabei nur um ein Emptum der zunehmenden Angst handelt, verzeichnen wir diese Schmachtreisen mit Genugtuung.

Es geht aber zu weit, wenn der „Vorwärts“ den Versuch macht, die Regierungspolitik sachlich rechtfertigen zu wollen. In einem langen Artikel wirft er die Preisfrage auf, was man gegen „Buhse“ tun kann. Darauf läßt sich sehr viel antworten. Vor allem hätte die Regierung keine Politik betreiben dürfen, die weite Kreise der Arbeiterschaft mit steigendem Mißtrauen und Erbitterung erfüllt. Eine sozialistische Regierung hätte es verstehen müssen, durch zielklares und energieloses Vorgehen die ganze Arbeiterklasse zum Kampf für den Sozialismus zu einigen. Die geeinigste Partei wäre stark genug gewesen, um durch ihr moralisches Gewicht Unbefugenen kleiner Gruppen zu vereiteln oder mit leichter Mühe unschädlich zu machen. Die Ebert, Scheidemann, Landsberg haben bekanntlich das Gegenteil getan, haben alle Mühen der unabhängigen Regierungsmitglieder bereitet, haben die Mitarbeit der Unabhängigen Sozialdemokratie unmöglich gemacht, den Zwiespalt zwischen der Arbeiterschaft verbreitert, bis sie zuletzt so weit gekommen sind, dem alten Militarismus wieder in den Sattel zu helfen und Teile der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft zu bewaffnen. Dadurch haben sie jene Stimmung geschaffen, aus der Putsche erwachsen.

Eine sozialistische Regierung hätte es als ihre erste und dringendste Aufgabe betrachten müssen, eine zuverlässige republikanische Armee zu schaffen und den alten Militarismus reiflos zu beseitigen. Die Regierung Ebert-Scheidemann stützt sich im Gegenteil auf den alten Militarismus, will die Träger der Revolution, die Arbeiter- und Soldatenräte, so rasch als möglich beseitigen und die Arbeiter vollständig entwaffnen, während sie die Offiziere und Studenten reaktionäre Soldatenkorps unter dem Jubel und der finanziellen Unterstützung der gesamten Bourgeoisie amwerben läßt. Dadurch steigert sie wiederum jene Stimmung in der putzschützliche Gedankengänge, so schädlich sie sind, bei einem Teil der Arbeiterschaft wieder aufleben lassen.

Trotz alledem hätte selbst diese Regierung die Möglichkeit noch in anderer Weise zu verfahren als nach der Taktik der Niederwerfungstrategie. Wir brauchen hier nicht mehr lange auseinanderzusetzen, daß diese Regierung den Weg, Konflikte durch Verhandlungen beizulegen und ihr Ziel ohne Blutvergießen zu erreichen, nicht sucht, sondern im Gegenteil stets aufs Äußerste erdumert. Von einem Autokratismus herren, wie nur je eine „edelmütige“ Regierung vorher, von dem Gedanken geleitet, der Bourgeoisie ihre Regierbarkeit zu beweisen, haben die Ebert, Scheidemann, Landsberg, Roske entweder die Verhandlungen überhaupt unmöglich gemacht, wie in Berlin oder sie erdwaren sie aufs Äußerste durch ihre Art zu verhandeln. Der Geist, in dem sie immer wieder neue Bedingungen, neue Ultima formulieren, ist von derselben Art, in der die Ultima an Serbien, an Rußland, an Frankreich diktiert worden sind. Nur das dies Mal eine Arbeiterregierung ihre Ultima an Arbeiter richtet. So ist es zu der bitteren Ironie der Weltgeschichte gekommen, daß, wie der „Vorwärts“ jährt, die Regierung die Division Gerstenbergs mit dem Leutnant von

Mus der Internationalen.

Vern, 3. Februar. In der heutigen Abend Sitzung der Berner Konferenz...

Für die deutschen Mehrheitssozialisten erwiderte Johann der Abgeordnete...

Wenn der Aufbau der Internationale komme, so komme er nur unter Mitwirkung der deutschen Sozialisten...

Die schweizerische Partei gegen die Beteiligung an der Berner Konferenz.

Bern, 3. Februar. Der außerordentliche sozialdemokratische schweizerische Parteitag...

Heilsparteien der Kriegführenden Länder. Die Partei lehnt es entschieden ab, sich an der Organisation einer Konferenz...

Rationalist Platten stellte folgenden Zusatzantrag: Die Berner Konferenz ist ein Versuch der Sozialisten...

In der Diskussion bestritten Grealich (Zürich), Graber und Raine (Schweiz) den Zusatzantrag Platten...

In der Hauptabstimmung wurde der Antrag Schneider-Platten mit 238 gegen 147 Stimmen angenommen...

Der Parteipräsident Müller-Bern gab hierauf eine Erklärung ab, daß er persönlich den Beschluß des Parteitages...

Ein Brief Dr. Friedrich Adlers an Guyomans.

Begleiten jede interessante Briefe sendete Genosse Dr. Friedrich Adler an Camille Guyomans: Wien, am 23. Jänner 1919.

„gegründeten Abhängigkeiten“ und „Humanitätswind“ geht. Heinrich von Treitschkes machiavellische Diktanden...

Einflussnahmen. Die führenden Vertreter waren Hassabemirischen und die Versöhlichen, die jede individuelle Regung in sich als unbedingte Aufhebung empfanden...

Da es mir unmöglich gemacht wird, an dieser Konferenz, zu der mich der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei...

Unsere Stimmung gegenüber der in Bern zusammenrotenden Konferenz ist alles eher als eine freundliche...

Wir jubeln nicht, weil jetzt endlich eine internationale Konferenz zusammentritt, sondern wir empfinden vor allem die bittere Schande...

Wir haben vom Beginn des Krieges an den Standpunkt vertreten, daß die erste entscheidende Niederlage in diesem Krieg die sozialistische Internationale erlitten hat...

Wir haben entschlossen und unermüßlich den Siegeswillen bei den Sozialisten Österreichs und Deutschlands bekämpft...

Wir erinnern an dieses Grundproblem der internationalen Aktion während des Krieges heute nicht deshalb, um Reklamationen zu erheben...

Die Beratung über die Entschuldig, die jetzt in Bern stattfindet, kann niemand ignorieren. Und wir erinnern uns gerade heute mit Dankbarkeit der Kimmertwälder Konferenz...

Die Aufgaben, vor denen das internationale Proletariat steht, sind so gewaltig, daß es sich nicht dazu herbeilassen darf, um kleineren taktischen Vorteilen gegenüber der feindlichen Bourgeoisie...

Mit sozialdemokratischem Gruß Friedrich Adler.

Der Einfluss der Pflanzenernährung.

Die ständige Vermehrung des vegetabilischen Anteils unserer Nahrung, die in den letzten Jahren notwendig wurde...

